

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP), eröffnet die 233. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen. Speziell begrüsst er Jürg Baur, Präsident Einwohnerrat, und Barbara Horlacher, Vizepräsidentin Einwohnerrat Brugg.

T r a k t a n d e n l i s t e

- | | | |
|----|---------|--|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2014.33 | Gesuch um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes; Thorsten und Claudia Osterhage, mit ihren Kindern, Deutschland |
| 3 | 2014.32 | Rechenschaftsbericht und Rechnung 2013 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung |
| 4 | 2014.31 | Personalreglement; Genehmigung |
| 5 | 2014.34 | Verpflichtungskredit Sanierung Lerchenweg |
| 6 | 2014.35 | Verpflichtungskredit Erschliessung „Grünrain“ |
| 7 | 2014.27 | Kreditabrechnung Erschliessung Fachhochschule; Anbindung an Bahnhof Unterführung Ost; Planungskredit, Genehmigung |
| 8 | 2014.37 | Antrag Reglement „Energiefonds“ |
| 9 | 2014.38 | Motion Reto Candinas (SP) und Mitunterzeichner „Portfolio-Planung Strassensanierung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Werke; Konzeptplanung für Verkehrsberuhigungsmassnahmen“; Überweisung |
| 10 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 15 | | Neueingänge |

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP)

Führung Bezirksschulhaus

Am 2. Juni 2014 haben viele Einwohnerräte die Einladung des Gemeinderates für eine Führung durch das sanierte Bezirksschulhaus genutzt. Peter Menziger, Heidi Ammon und Roland Schneider haben fachkundig über die ausgeführten Arbeiten informiert. Trotz einem nicht einfachen Projektverlauf überzeugt das Endprodukt. Besten Dank für die Organisation dieser Führung.

Anlass mit dem Einwohnerrat Brugg

Am 19. September findet ein gemeinsamer Anlass mit dem Einwohnerrat Brugg statt. Eine kleine Wanderung, bei welcher wir Grenzen überschreiten, soll gegenseitige Kontakte fördern. Wir werden über den Ausbau der Kläranlage informiert und beim Apéro lernen wir den neuen Kommandanten des Rekrutierungszentrums kennen. Er wird uns über das Rekrutierungszentrum orientieren. Jürg Baur und ich freuen uns auf viele Teilnehmende.

Sitzungsablauf

Das Einwohnerratsbüro hat zu einer Doppelsitzung eingeladen. Im Wissen um den wichtigen Match der Fussballnationalmannschaft hat das Büro drei Abläufe festgelegt: 1. Ist die Beratung der Geschäfte bis und mit Traktandum 7 um 21.30 Uhr abgeschlossen, findet nächste Woche eine zweite Sitzung statt. 2. Ist zwischen 21.30 und 22.00 Uhr das Traktandum 9 beraten, wird die Behandlung der parlamentarischen Vorstösse auf den Oktober verschoben. 3. Ideal wäre natürlich, wenn alle Traktanden behandelt werden können.

Protokolle

Zu den Protokollen der Sitzungen vom 16. und 23. Oktober 2013 sind keine Änderungs- und Ergänzungsanträge eingereicht worden. Sie gelten in der vorliegenden Form als genehmigt.

Im Protokoll vom 29. Januar 2014 ist das Votum von Vizeammann Rosi Magon auf Seite 22 nicht korrekt protokolliert. Das Büro hat das Protokoll mit dieser Änderung ebenfalls genehmigt.

Toni Burger, Vizepräsident Einwohnerrat (CVP): Ein junger 49-Jähriger konnte vor einer Woche seinen 50. Geburtstag feiern. Im Namen des Einwohnerrates gratuliere ich unserem Präsidenten Mathias Richner nachträglich herzlich zum Geburtstag und wünsche ihm alles Gute.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Vielen Dank für die guten Wünsche und die gelungene Überraschung.

2 **2014.33**

Gesuch um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes; Familie Thorsten und Claudia Osterhage, mit ihren Kindern Wilhelm, Wolfgang und Günter, Deutschland

(gemeinderätliche Botschaft vom 19. Mai 2014)

Ilaz Kadriji (SP): Warum liegt nur ein Einbürgerungsgesuch vor?

Philipp Umbricht, Präsident Einbürgerungskommission (FDP): Am 1. Januar ist das neue Bürgerrechtsgesetz mit neuen Vorschriften, Abläufen und Formularen in Kraft getreten. Im Wissen darum hat Stefan Wagner mit grossem Arbeitsaufwand möglichst viele altrechtliche Gesuche bearbeitet. Die neuen Gesuche sind im Moment noch nicht behandlungsreif.

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Seit dem 01. Januar wurden erst sieben Gesuche eingereicht, gegenüber den Vorjahren ein massiver Rückgang. Das Verfahren und die Beschaffung der Papiere sind viel komplexer. Es wurden einige Gesuche abgeholt, aber wie erwähnt nur wenige eingereicht.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Antwort kommt nicht vom Gemeinderat, weil er seit anfangs 2014 nicht mehr aktiv in der Kommission mitarbeitet. Kompetente Auskünfte kann der Präsident der Kommission oder ein anderes Kommissionsmitglied erteilen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Thorsten und Claudia Osterhage und ihren Kindern Wilhelm, Wolfgang und Günter wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

3 2014.32

**Rechenschaftsbericht und Rechnung 2013 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe):
Genehmigung**

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Rechenschaftsbericht informiert über die Tätigkeiten der Behörden, Verwaltung und der verschiedenen Kommissionen, der Rechnungsbericht über die finanzielle Situation und die Abweichungen zum Budget. Die umfassende Jahresrechnung 2013 bildet den dritten Teil. Nebst den Informationen der Verwaltung liegen ausführliche Berichte der FiGPK und der BDO vor.

Die Rechnung 2013 weist einen Ertragsüberschuss von Fr. 190'000.00 aus. Das Budget rechnete mit einem Aufwandüberschuss von rund 1 Mio. Franken und einem sehr tiefen Cashflow von 1.7 Mio. Franken. Trotz besserem Rechnungsabschluss stimmen diese Zahlen nachdenklich. Für die Selbstfinanzierung der Investitionen benötigen wir einen Cashflow von 3 bis 3.5 Mio. Franken. Die Investitionen von 5 Mio. Franken für die Sanierung des Bezirksschulhauses sind massgeblich für den Finanzierungsfehlbetrag von 3.27 Mio. Franken verantwortlich. Aufgrund des Rechnungsergebnisses 2013 werden wir 2015 aus dem Finanz- und Lastenausgleich 1.4 Mio. Franken erhalten. Ein Anspruch besteht, wenn der Bedarf an eigenen Mitteln zur Erfüllung der Ausgaben nicht ausreicht. Ein Zeichen, dass es Windisch finanziell nicht gut geht. Der Gemeinderat beantragt, den Rechenschaftsbericht und die Verwaltungsrechnung und die Zuweisung des Ertragsüberschusses ins Eigenkapital zu genehmigen. Ich danke der Verwaltung, speziell Marco Wächter, für die intensive Arbeit. Diese fällt nicht nur beim Rechnungsabschluss an, wir werden laufend über die aktuelle Situation informiert. Ein spezieller Dank an die FiGPK, welche sich detailliert mit der Materie auseinandergesetzt hat und für den guten Dialog. Ein Danke auch dem Einwohnerrat, obwohl es nicht immer einfach ist, als Verantwortliche für die Finanzen Kritik entgegenzunehmen. Unsere Situation ist kritisch und nicht einfach. Der Ausfall von Hanspeter Scheiwiler war für das Personal sehr schwierig und hat sich auf die Rechnung 2013 ausgewirkt.

Heiko Loretan Kühnis, Präsident FiGPK (CVP): Ein herzliches Merci an die Verwaltung und speziell an Marco Wächter, für die sehr guten, informativen Unterlagen. Unsere vielen Fragen werden immer prompt beantwortet. Meinen Kolleginnen und Kollegen der FiGPK danke ich für den geleisteten grossen Einsatz. Die Empfehlungen im Bericht basieren auf unseren Kontrollen.



Bei der Nettoschuld pro Einwohner hat der Gemeinderat einen Zielwert von Fr. 3'500.00 festgelegt. Dieser widerspricht den Vorgaben des Kantons, welcher als Höchstgrenze Fr. 2'500.00 vorgibt. Die Situation ist schwierig.

Die 2013 genehmigten Kreditabrechnungen Umgebung Kindergärten und Sanierung Gemeindehaus weisen nach unserer Ansicht eine Kreditüberschreitung von mehr als 10% aus. Der Gemeinderat hat das kantonale Recht missachtet. Wir empfehlen, in solchen Fällen, sofern möglich, rechtzeitig beim Einwohnerrat einen Zusatzkredit einzuholen. Zwingend ist, die FiPGK über sich abzeichnende Kreditüberschreitungen zu informieren.

Karin Hefti, Sprecherin FiGPK (FDP): Ich gehe speziell auf die Pensionskasse und die Mehrwertsteuer ein. Seit 2008 sind die Mitarbeitenden bei der Communitas für die berufliche Vorsorge versichert, vorher war es die Aargauische Pensionskasse. 2007 hat der Einwohnerrat eine Besitzstandswahrung beschlossen und dafür einen Kredit von Fr. 425'000.00 genehmigt. Den Mitarbeitenden wurde garantiert, dass die Leistungen der Communitas der APK entsprechen. Ende 2013 sind Fr. 385'000.00 des Verpflichtungskredites beansprucht. Es arbeiten noch 33 Mitarbeitende bei der Gemeinde, welche seit 2007 oder noch länger angestellt sind und einen Anspruch auf die Besitzstandsgarantie haben. Bei der Pensionierung fallen die Kosten für die Besitzstandswahrung an. Der Verpflichtungskredit darf nicht überschritten werden, es ist deshalb eine neue Lösung zu suchen. Das Umfeld der beruflichen Vorsorge hat sich seit 2007 stark verändert. Die abgegebenen Versprechungen sind nicht mehr finanzierbar. Viele Pensionskassen haben deshalb, so auch die APK, vom Leistungs- zum Beitragsprimat gewechselt. Die Leistungsversprechen haben deshalb keine Gültigkeit mehr. Es ist Klarheit zu schaffen, wo die Besitzstandswahrung noch finanziert werden muss. Für diese Herausforderung wird eine Strategie benötigt. Speziell ist die Beibehaltung der grosszügigen Besitzstandswahrung zu prüfen. Der Gemeinderat hat das Anliegen entgegen genommen und wird dem Einwohnerrat im Oktober eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Wir haben festgestellt, dass dem Generalunternehmen nachträglich die Mehrwertsteuer auf den Anschlussgebühren in Rechnung gestellt wurde. Dieses Vorgehen entsprach nicht der Abmachung. In der Zwischenzeit hat der GU die Rechnung von Fr. 320'000.00 bezahlt und die Sache ist bereinigt. Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung der Rechnung 2013.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Umbricht (FDP): Immer im Juni wird die grosse geleistete Arbeit mit vielen Dankesworten gewürdigt. Ich breche diese Tradition nicht, aber ich danke zuerst den Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung Nadine Balbiani und Caroline Bleuel, ein Dank geht natürlich auch an Marco Wächter. Der Einsatz der beiden Frauen trägt wesentlich zur guten Arbeit bei. Die Mitarbeitenden im Hintergrund werden leider oft vergessen. Der FiGPK danken wir für den umfangreichen und fundierten Bericht. Dieser bestätigt für mich die Berechtigung des Milizsystems. Einen Bericht mit solch hoher Qualität extern zu vergeben, würde wesentlich mehr kosten, als das Sitzungsgeld der FiGPK. Besten Dank auch an den Gemeinderat und die Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der um 1.2 Mio. Franken bessere Rechnungsabschluss ist erfreulich. Dies verlockt zur Annahme, alle unsere Probleme seien gelöst, dies ist aber bei weitem nicht so. Der Ertragsüberschuss beträgt umgerechnet auf die Bilanzsumme nicht einmal 1 ‰. Die Abweichungen zum Budget liegen innerhalb des Grenzbereiches. Es sind weiterhin Sparbemühungen erforderlich. Zwei Bemerkungen zur Rechnung. Unsere Zentrumsaufgaben sind in jeder Sitzung ein Thema. Wir haben diese beschlossen und müssen sie selber bezahlen. Für uns gilt der Satz: „Wer zahlt befiehlt“ nicht, eher umgekehrt „Wer befiehlt, der zahlt.“ Die Hoffnung auf eine finanzielle Beteiligung der Aussengemeinden an diesen Leistungen ist vergeblich. Vielleicht müssen wir die Konsequenzen ziehen und die Aussengemeinden ausschliessen oder die Angebote streichen. Unsere Diskussionen zeigen, wir wollen den Fünfer und das Weggli, sind aber nicht bereit, alles alleine zu bezahlen. Lehnen die Aussengemeinden eine finanzielle Beteiligung ab, machen wir es mit schlechtem Gewissen trotzdem. Diese Situation bringt uns nicht weiter. Wie die FiGPK erwähnt, benötigen wir in diesem Bereich eine klare Strategie. Diese müssen wir konsequent durchziehen, was ab und zu sehr schmerzhaft ist. Wir unterstützen die Haltung der FiGPK und erwarten, dass Zusatzkredite frühzeitig dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Mit unserem Sitzungsplan ist dies problemlos möglich.

Paul Bitschnau (SP): Der Gemeinderat geht mit den knappen Ressourcen sorgfältig um. Wir freuen uns über die Umsetzung von Projekten. Investitionen wie der Campus sind für unsere Gemeinde sehr wichtig, aber auch die Sanierung des Bezirksschulhauses ist ein wichtiger Meilenstein. Die Eigenwirtschaftsbetriebe haben sehr gut gearbeitet. In Zusammenhang mit der Werterhaltungsstrategie ist wichtig, dass diese finanziell gesund sind. Etwas Mühe bereiten uns die hohen, unsozialen, nicht einkommensab-

hängigen Gebühren. Im Schulbereich ist der Budgetprozess zu starr. Die Schule benötigt mehr Handlungsspielraum, damit sie mehrere Jahre planen kann und nicht einfach Ende Jahr das Budget ausschöpfen muss. Ein Globalbudget für die Schule ist zu diskutieren. Wie bereits erwähnt, sind das Controlling und die Transparenz wichtig. Trotz der guten Haushaltsführung macht uns die mittel- bis langfristige finanzielle Lage Sorgen. Die Steuerkraft ist im kantonalen Vergleich tief. Die Verschuldung ist wieder angestiegen. Es ist bemühend, dass sich unsere Situation trotz grosser Spardisziplin nicht verbessert. Die Last der jährlich zunehmenden gebundenen Ausgaben, belastet uns ebenso stark, wie die Zentrumslasten. Wir sind in einem Dilemma gefangen. Einerseits sind gewisse Investitionen nötig, um attraktiv zu sein und zu bleiben, andererseits müssen wir hart um Beiträge der Aussengemeinden kämpfen. Diese Rechnung geht nicht auf. Bei neuen Projekten muss frühzeitig mit den Aussengemeinden das Gespräch gesucht werden. Unschön ist die zunehmende Abhängigkeit vom Finanzausgleich. Es bleibt zu hoffen, dass die grosse Arbeit von Heidi Ammon in der IG Lastenausgleich von Erfolg gekrönt sein wird. Das gleiche gilt für die Anstrengungen bei den Zentrumslasten. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, Marco Wächter und seinem Team und der FiGPK für die grosse geleistete Arbeit. Wir stimmen der Rechnung zu.

Toni Burger (CVP): Wir haben das erfreuliche Rechnungsergebnis zur Kenntnis genommen und dieses intensiv diskutiert. Bei der Budgetberatung im Oktober 2012 haben wir festgehalten, dass das Budget 2013 kein Sparbudget ist. Gleichzeitig haben wir den Gemeinderat gebeten, den Spardruck hochzuhalten. Mit der Einhaltung dieser Vorgaben und den zu erwartenden ausserordentlichen Faktoren sahen wir dem Rechnungsergebnis 2013 positiv entgegen. So ist es eingetroffen: Ausserordentliche Einsparungen und höhere Steuererträge aus den Vorjahren haben zusammen mit dem Spardruck ein um 1.2 Mio. Franken besseres Ergebnis ergeben. Die Zunahme des Eigenkapitals um fast Fr. 200'000.00 ist erfreulich. Wir danken dem Gemeinderat für die disziplinierte Ausgabenpolitik, soweit sie beeinflussbar ist, der Verwaltung und allen Gremien für die Einhaltung der Vorgaben. Ein Dank an alle Beteiligten für die umfangreiche und gute Dokumentation. Marco Wächter danke ich speziell für die gut dokumentierte Beantwortung unserer Fragen, damit wir sicher sind, dass es tatsächlich so ist. Die gewissenhafte Prüfungsarbeit durch die FiGPK und die BDO wird ebenfalls verdankt. Diese kompetenten Gremien geben ein gewisses Sicherheitsgefühl. Schwachstellen und Probleme in der Zukunft werden offen angesprochen. Der vierköpfige Gemeinderat war letztes Jahr, vor allem bei gemeindeübergreifenden und regionalen Projekten, sehr gefordert. Einige Projekte sind abgeschlossen, andere wie die Raumpla-

nung oder die Schulorganisation laufen weiter. Der Gemeinderat musste letztes Jahr zusammen mit der Verwaltung ausserordentliche Leistungen erbringen, dafür sind wir zu grossem Dank verpflichtet. Nicht nur die Gemeinderechnung, auch die Eigenwirtschaftsbetriebe haben hohe Ertragsüberschüsse. Einzig die Abwasserbeseitigung weist einen Aufwandüberschuss aus. Über diesen Eigenwirtschaftsbetrieb konnten zwei Projekte innerhalb eines Jahres realisiert und abgerechnet werden. Die gute Situation der Eigenwirtschaftsbetriebe ist erfreulich. Die grossen Investitionen, vor allem die Sanierung des Bezirksschulhauses, haben zu einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 3.2 Mio. Franken geführt. Die Schulden haben deshalb zugenommen. Unsere finanziellen Strukturprobleme erlauben pro Jahr Investitionen von höchstens 2.5 bis 3 Mio. Franken. Die CVP freut sich über das Rechnungsergebnis und stimmt der Rechnung 2013 zu.

Martin Schibli (EVP): Bei der Rechnung lässt sich nichts mehr bewegen, sie kann nur noch gewürdigt werden. Wir sind stückweise ebenfalls glücklich mit der Rechnung und danken allen Beteiligten.

Marco Valetti (SVP): Da Bernhard Stüssi noch nicht eingetroffen ist, nehme ich zur Rechnung Stellung. Auch von unserer Seite ein Danke an die Verwaltung, speziell die Finanzverwaltung, für die Einhaltung des Budgets, an den Gemeinderat, welche letztes Jahr unterbesetzt war, und nicht zuletzt an die FiGPK für den guten Bericht und die geleistete intensive Arbeit.

Beratung Rechnung 2013

Toni Burger (CVP): In der Bestandesrechnung sind die bewilligten Kredite aufgeführt. 2013 wurden verschiedene Kredite abgerechnet und genehmigt. Viele, teilweise vor Jahren genehmigte Kredite sind jedoch noch nicht abgerechnet. Ich bitte den Gemeinderat mit dem Rechenschaftsbericht nächstes Jahr zu informieren, weshalb die offenen Kredite noch nicht abgerechnet werden konnten.

Beratung Rechenschaftsbericht

Philipp Umbricht (FDP): Seite 4 enthält eine Übersicht der hängigen parlamentarischen Vorstösse. Teilweise stammen diese von Personen, die nicht mehr im Einwohnerrat und Gemeinderat aktiv sind. Motionen müssen innerhalb von sechs Monaten beantwortet

werden. Das Durchschnittsalter der hängigen Motionen beträgt 46.6 Monate, beinahe vier Jahre. Bei den Postulaten habe ich auf die Berechnung des Durchschnittsalters verzichtet, das Älteste ist vom 06. April 1994. Dies sind mehr als 20 Jahre, die Bearbeitungsfrist beträgt auch sechs Monate. Mit den parlamentarischen Vorstössen stehen uns Instrumente zur Verfügung um aktuelle Anliegen einzubringen. Ich frage mich, wie aktuell das Postulat von Urs Säuberli betreffend Fuss- und Radwegen von 1994 noch ist. Ich stelle den Zusatzantrag, alle Motionen und Postulate, welche vor dem 1. Januar 2011 überwiesen wurden, von der Kontrolle abzuschreiben. Ich bin mir bewusst, dass verschiedene Anliegen noch aktuell sind oder wieder aktuell werden. Ich bitte die betroffenen Einwohnerräte diese aktuellen Anliegen neu einzureichen.

Paul Bitschnau (SP): Auf Seite 8 wird über die Arbeiten der IG für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich berichtet. Wie ist der aktuelle Stand?

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Bei den Gemeinden und Organisationen wurde eine erste Anhörung durchgeführt. Wenn alles wie geplant abläuft, wird Ende Juni das Grossratspapier für die Anhörung verabschiedet. Dann beginnt der Prozess. Anzu-merken ist, dass es noch keine Berechnungsbeispiele gibt, alles wird in Textform unterbreitet. Unsere IG, vor allem Marco Wächter, prüft und analysiert fortlaufend, welche Konsequenzen und welche die Bedeutung dies für die IG-Gemeinden hat. Wir bringen unsere Anliegen laufend ein. Es ist im Moment schwierig zu verstehen, was im Gange ist.

In Zusammenhang mit der Anhörung war es uns sehr wichtig, dem Kanton unsere alles andere als einfache finanzielle Situation aufzuzeigen. Wir haben Regierungsrat Urs Hofmann zu einem Gespräch eingeladen. Wir mussten akzeptieren, dass in einer ersten Gesprächsrunde nur die Vertreter des Gemeindeinspektorates der Einladung Folge geleistet haben. Wir haben unsere Situation transparent aufgezeigt, das Resultat der Besprechung hat uns nicht vollumfänglich befriedigt. Wir nehmen mit einem weiteren Schreiben nochmals zur Situation Stellung und zeigen auf, in welchen Kreisen ein Ein-stehen für die Gemeinschaft wichtig wäre.

Paul Bitschnau (SP): Windisch bietet ein familienergänzendes Betreuungsangebot mit Randstundenbetreuung am Morgen und Mittagstisch an. Dieser ist stark ausgebucht und es stört mich, dass eine Warteliste geführt werden muss. Es ist dringend ein drit-ter Standort zu suchen. Eltern, welche die Erwerbs- und die Familienarbeit teilen, be-zuzugnen eine Gemeinde mit familienergänzender Kinderbetreuung. Diese Einwohner

bringen zusätzliche Steuereinnahmen, weil sie über 100% verdienen. Auch für Eltern, welche Kinder bekommen, ist ein entsprechendes Angebot wichtig. Dieses entscheidet, ob die Erwerbs- und Familienarbeit weiterhin vereinbar ist. Die Reduktion oder Aufgabe der Berufstätigkeit hat Steuerminderungen zur Folge. Auf diesen Bereich soll mehr Gewicht gelegt werden, so ist es in den Legislaturzielen vorgesehen. Nicht alle haben wie die Lehrkräfte 13 Wochen Ferien. In der Regel sind es fünf Wochen und es ist nicht ganz einfach, darin 13 Ferienwochen der Kinder unterzubringen.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Die Situation ist unbefriedigend, wir führen nur ungern eine Warteliste. Wir haben noch keine Räumlichkeiten für einen dritten Standort gefunden. Wir suchen nach Lösungen für eine Erweiterung des Angebots, die Schulferien sind ein weiterer Punkt. In der letzten Vorlage wurde dies als möglicher weiterer Schritt erwähnt. Wir prüfen, was möglich ist.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Wir kommen zu den Abstimmungen, zuerst über den Zusatzantrag von Philipp Umbricht: „Die Motionen und Postulate mit Überweisungsdatum vor dem 01. Januar 2011 werden von der Kontrolle abgeschrieben.“ Drei Motionen, wie Neustrukturierung Jugendarbeit, Revision Zonenplan oder professionelles Standortmarketing werden im Moment bearbeitet. Diese Arbeiten müssten im Falle der Annahme abgebrochen werden. Ist dies im Sinne des Motionärs?

Philipp Umbricht (FDP): Die Zonenplanrevision ist im Gange, die regionale Jugendarbeit wird bearbeitet.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Es ist geplant, zur Neustrukturierung der Jugendarbeit im Oktober einen Bericht vorzulegen. Bei der Revision Zonenplan müssen sich die Fachleute äussern. Ich will nicht, dass wir eine Motion während eines laufenden Verfahrens abschreiben. Im Oktober folgt der Kreditantrag für die zweite Phase.

Marco Valetti (SVP): Es ist stossend, dass einige Vorstösse nach 20 Jahren noch nicht beantwortet sind. Ist es rechtlich zulässig, diese einfach abzuschreiben?

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber: Ich bin nur Gemeindeschreiber, Philipp Umbricht ist Jurist. Aus meiner Sicht ist es rechtlich nicht möglich. Die Motion Revision Zonenplan beinhaltet klare Vorgaben. Die Motion kann erst abgeschrieben werden, wenn der Zweck erfüllt ist. Wird diese Motion abgeschrieben, hat der Gemeinderat keinen kon-

kreten Auftrag mehr vom Einwohnerrat und er kann das Vorgehen nach seinem Gutdünken wählen. Wir nehmen die Anregung entgegen und werden auf die Oktobersitzung eine entsprechende Vorlage bringen.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Zusatzantrag wird somit in ein Anliegen umgewandelt, welches vom Gemeinderat entgegen genommen wird.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Rechenschaftsbericht 2013 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Verwaltungsrechnung wird mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 190'838.88 genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt der Zuweisung des Ertragsüberschusses von Fr. 190'838.88 ins Eigenkapital zu.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Auch von meiner Seite ein herzliches Danke für den grossen Einsatz: Marco Wächter für die transparente Berichterstattung, der FiGPK für den umfassenden, aussagekräftigen Bericht. Die zahlreichen Erkenntnisse werden wohl in den laufenden Budgetprozess einfließen und zu einem optimierten Budgetergebnis führen.

4 2014.31

Personalreglement; Genehmigung

(gemeinderätliche Botschaft vom 12. Mai 2014)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Das aktuelle Personalreglement wurde durch eine Subkommission erarbeitet und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Teilweise können Bestimmungen nicht mehr angewendet werden. Für die Exekutive ist wichtig, dass das Personal des modernen kundenfreundlichen Dienstleistungsbetriebes über gute, praxistaugliche Anstellungsbedingungen verfügt. Marco Wächter und André Gigandet wurden beauftragt, das Personalreglement zu aktualisieren und den Entwurf in einer überparteilich zusammengesetzten Arbeitsgruppe zu diskutieren. In zwei Sitzungen wurden das Personalreglement, die Personalverordnung und das Spesenreglement beraten und wo notwendig präzisiert. Der Gemeinderat hat das erarbeitete Personalreglement am 12. Mai 2014 verabschiedet und legt dem Einwohnerrat liegt eine ausgewogene Vorlage vor. Der Gemeinderat beantragt, das Personalreglement zu genehmigen und per 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen. Gleichzeitig nimmt der Einwohnerrat die Personalverordnung und die Spesenverordnung zur Kenntnis.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

Peter Vismara (FDP): Bis auf einen Punkt ist die FDP-Fraktion mit dem Reglement einverstanden. Zum Punkt 2.7.11, Lohn nach Todesfall, stellen wir einen Änderungsantrag. Diese Regelung ist sehr grosszügig und entspricht nicht der Praxis in der Privatwirtschaft. Wir stellen folgenden Antrag: Lohnzahlung bis zu 5 Dienstjahren den Sterbemonat plus 1 Monat darüber hinaus, ab 6. Dienstjahr Lohnfortzahlung für den Sterbemonat plus 2 Monate darüber hinaus.

Marcel Mösch (SP): Die SP-Fraktion unterstützt dieses Personalreglement einstimmig. Es beinhaltet das aktuelle Arbeitsrecht und berücksichtigt die kantonalen Vorgaben. Noch eine Anmerkung zum Antrag. Dieser Artikel erstaunt mich, die Angestellten haben nicht einen Job mit sehr hohem Risiko. Ich weiss nicht, wie viele Todesfälle sich während der Arbeitszeit ereignen. Dies ist keine Sparmassnahme. Der Grabschmuck auf dem Friedhof wurde problemlos bewilligt, nun ist es plötzlich ein Problem, wenn es

um verstorbene Personen geht. Es ist meistens ein heftiger Schicksalsschlag, wenn jemand während der Arbeit stirbt. Ich habe Mühe mit diesem Antrag und lehne ihn ab.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir würdigen die Anpassungen im neuen Personalreglement. Es bietet den Angestellten gute bis sehr gute Arbeitsbedingungen, die flexiblen Arbeitszeitmodelle geben grosse Freiheiten. Praktisch alle Firmen erwähnen in ihren Leitsätzen, dass die Mitarbeitenden ein wichtiger Faktor für den Erfolg sind. Mit der zeitgemässen Gestaltung der Arbeitsbedingungen setzt die Gemeinde diesen Leitsatz um. Bei der nächsten Überarbeitung ist ein von der Arbeitsgruppe übersehener Punkt anzupassen. Punkt 1.2 regelt die Grundsätze, die Punkte 1.2.4 und 1.2.5 beinhalten strategische oder politische Vorgaben. Da sie das Anstellungsverhältnis nicht betreffen, gehören sie nicht ins Personalreglement. Die CVP-Fraktion stimmt dem Personalreglement zu.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Zum Votum der CVP: Am Anfang stehen die allgemeinen Bestimmungen, dann folgen die Grundsätze. Die beiden Artikel regeln die Schaffung der Lehrstellen und die Überbrückung von personellen Engpässen. Die Artikel können im Reglement belassen werden oder nicht. Mich stört die bestehende Regelung nicht. Das Anstellungsverhältnis wird erst ab dem 2. Punkt geregelt. Wir werden dies bei einer nächsten Revision prüfen.

Lohn nach Todesfall: Diese Bestimmung stammt aus dem bestehenden Personalreglement. Wir haben diesen Punkt geprüft. Das Handbuch des Kantons beinhaltet die gleiche Regelung, deshalb haben wir sie belassen. In der Privatwirtschaft gelten sicher andere Regelungen. Ich weiss nicht, wie viele Todesfälle wir während der Arbeitszeit hatten. Wir hatten schon verschiedene Angestellte, die längere Zeit krank waren. In diesen Fällen haben wir nicht nachbezahlt. Diese Frage kann auf verschiedene Art und Weise geregelt werden.

Martin Schibli (EVP): Der Vorschlag entspricht dem Obligationenrecht und entspricht dem gesetzlichen Standard. Das Reglement sieht eine grosszügigere Lösung vor. Der Antrag ist prüfenswert, da im Todesfall andere Vorsorgeeinrichtungen die Lücke decken.

Offene Abstimmungen

Änderungsantrag Peter Vismara (FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 15 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Punkt 2.7.11 Lohn nach Todesfall, neu bis 5 Dienstjahre Sterbemonat plus 1 Monat, ab 6. Dienstjahr Sterbemonat plus 2 Monate.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das neue Personalreglement der Gemeinde Windisch, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit Inkraftsetzung per 01. Januar 2015.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt die Personalverordnung, den Anhang 1 „Stundenlöhne, Pikett, div. Entschädigungen 2014“, den Anhang 2 „Kommissionen, Funktionäre; Entschädigungen, Sitzungsgelder und Taggelder“ sowie die Spesenverordnung zur Kenntnis.

5 2014.34

Verpflichtungskredit Sanierung Lerchenweg

(gemeinderätliche Botschaft vom 12. Mai 2014)

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Der Lerchenweg muss saniert werden. Die schadhafte Stellen gewährleisten die Verkehrssicherheit nicht mehr, gleichzeitig werden die Werkleitungen saniert. Der Gemeinderat hat zwei Sanierungsvarianten ausarbeiten lassen und bei seiner Variantenentscheid die zukünftige Aufwertung der Strassenräume gewichtet. Mit gestalterischen Massnahmen soll bei Sanierungen ein öffentlich attrakti-

ver Raum gestaltet werden. Das gute Miteinander aller Verkehrsteilnehmer ist dem Gemeinderat wichtig. Für den Lerchenweg bedeutet dies konkret, dass der Teerbelag dem Verkehrsaufkommen entsprechend erneuert wird. Oeko- und Grünflächen sollen das Wohngebiet fördern, Versickerungsflächen die Belastung des Abwassersystems minimal halten. Die öffentlichen Strassen sollen nicht prioritär als Parkierungsmöglichkeit dienen. Ein Beispiel einer solchen Strassenraumgestaltung befindet sich im Bereich Berg-/Dohlenzelg-/Schulstrasse. Aufgrund dieser Überlegungen beantragt der Gemeinderat die Realisierung von Variante 1. Die Anwohner priorisieren die Variante 2: Die Strasse soll als Nutzungsbereich allen Verkehrsteilnehmern dienen. Die Reduktion der Schwarzflächen hat teilweise Einfluss auf die Ein- und Ausfahrten bei den Garagen. Bedenken bestehen auch bezüglich der Ruderalflächen. Es wird bei starken Regenfällen eine Verschmutzung der Strasse befürchtet. Für Besucher werden Parkflächen benötigt. Die Fraktionen sind über diese Überlegungen informiert. Diese gilt es bei der Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Zur Sanierung des Lerchenwegs: Die Projektauf-
lage ist im Sommer/Herbst 2014 vorgesehen. Die Submission und die Vergabe der Bauarbeiten erfolgt im Laufe des Winters, sodass die Realisierung im Frühling 2015 starten kann. Wir beantragen dem Einwohnerrat den Kredit von Fr. 799'800.00 zu genehmigen.

Matthias Knecht, Sprecher FiGPK (FDP): Wir haben für die Beurteilung des Projektes einen Werterhaltungsplan verlangt. Wir verstehen, dass dieser in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht erarbeitet werden konnte. Die FiGPK war um die Beurteilungsmatrix froh. Wir begrüßen den Kostenverteilungsschlüssel zwischen der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde und den drei Spezialfinanzierungen. Positiv ist die Vorlage von zwei Varianten. Die Sanierung des Lerchenweges ist grundsätzlich unbestritten. Die FiGPK empfiehlt mehrheitlich die Genehmigung der Variante 1, eine Minderheit priorisiert Variante 2. Einerseits weil dies dem Wunsch der Anwohner entspricht, andererseits entstehen geringere Unterhaltskosten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Bruno Schmid (SVP): Die SVP-Fraktion befürwortet Variante 2. Die Kosten der beiden Varianten sind praktisch gleich hoch, die Variante 1 löst höhere Unterhaltskosten aus. Die Anwohner sind einstimmig für Variante 2. Es gibt kein übergeordnetes, verkehrsre-



levantes Interesse, welches für die Variante 1 spricht. Die SVP bittet dem Anliegen der Anwohner Rechnung zu tragen und Variante 2 zu bewilligen.

Rahel Downey (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Gemeinderates. Die Variante 1 bietet mehr Grünflächen, einen ökologischen Mehrwert und entspricht unseren Vorstellungen über die Gestaltung von Windisch. Es resultieren keine Einschränkungen für die Anwohner. Der Mergelbelag ist befahrbar und kann bei Bedarf problemlos zum Parkieren benutzt werden.

Martin Gautschi (FDP): Für die FDP-Fraktion ist der Sanierungsbedarf ausgewiesen. Wir unterstützen Variante 2, es ist die bessere Lösung. Die in der Variante 1 vorgesehenen Grünflächen erfordern Pflege. Es ist bekannt, dass Parkierungsmöglichkeiten notwendig sind. Die Kosten der Variante 2 sind minim höher, langfristig ist diese günstiger.

Martin Schibli (EVP): Der Handlungsbedarf bei der Strasse ist unbestritten, bei den Werken wird dieser teilweise durch die Synergien und die Kostenbeteiligungen begründet. Wir finden es grundsätzlich gut, dass zwei Varianten vorliegen. Die Verschmälerung der Fahrbahn bei der Variante 1 ist unverhältnismässig. Ein multifunktionaler Erschliessungsweg erfordert keine Verkehrsberuhigung. Die versiegelte Fläche wird minimal reduziert. Hätte dies erste Priorität, müsste die ganze Strasse mit Kies oder durchlässigen Pflastersteinen versehen werden. Beim Gefälle des Lerchenweges wäre dies nicht unproblematisch. Wir befürworten die Variante 2. Der Strassenunterhalt ist günstiger und die Anwohner haben weniger Ärger.

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP): Die verschiedenen Meinungen und Haltungen wurden bereits begründet. Ich wohne an der Spitzmattstrasse. Bei Anlässen im Unterdorf wird die öffentliche Wiese von vielen Autofahrern als Parkplatz benutzt. Selbst der grösste Sumpf kann sie nicht darin hindern, weil die Flächen dicht bewachsen sind. Bis jetzt hat noch kein Auto Schaden genommen und es wurde auch kein Kies herausgeschwemmt. Der Teer ist zu Gunsten von etwas mehr Grün wegzulassen, zum Beispiel mit einer Lerche am Lerchenweg. Die CVP befürwortet mehrheitlich Variante 1.

Bruno Kaufmann (FDP): Bedingt durch das Gefälle ist die Versickerung im Lerchenweg wichtig. Der Mergel würde die Strasse immer wieder verschmutzen und das Abwasser zusätzlich belasten. In einer Demokratie sind die Anliegen der Anwohner ernst zu nehmen. Ich bitte der Variante 2 zuzustimmen.

Bernhard Stüssi (SVP): Der Ausdruck Begrünung ist aufgrund der kleinen Fläche etwas irreführend.

Philipp Ammon (SVP): Das Votum aus dem Unterdorf ist interessant. Wenn man im Unterdorf wohnt, interessiert man sich nicht für den Lerchenweg. Die Anwohner haben sich für Variante 2 ausgesprochen, ich bin bereit die geringen Mehrkosten zu investieren.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Einwohnerrat führt eine interessante Diskussion, er unterstützt die von den Anwohnern gewünschte Variante. Vor kurzer Zeit ist der Einwohnerrat bei einer anderen Strasse auf die Anliegen der Einwohner nicht eingegangen. Der Einwohnerrat sollte bei seinen Beschlüssen eine Linie einhalten.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Eine Ruderalfläche ist nicht mit einer durchnässten Wiese vergleichbar.

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Variante 1 / Variante 2

Stimmen für Variante 1	14
Stimmen für Variante 2	20

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 98'940.00 für die Sanierung „Lerchenweg“ zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde.
- 2 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 235'138.00 (189'583.00+45'555.00) für die abwassertechnische Sanierung „Lerchenweg“ zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.
- 3 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 234'044.00 für die wassertechnische Sanierung „Lerchenweg“ zulasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung.

4 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 237'278.00 (224'210.00+13'068.00) für die elektrotechnische Sanierung „Lerchenweg“ zulasten der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung.

6 2014.35

Verpflichtungskredit Erschliessung „Grünrain“

(gemeinderätliche Botschaft vom 19. Mai 2014)

Ausstand: Marco Valetti (SVP)

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Der Gemeinderat unterbreitet eine gute Botschaft. Die vorgesehene Erschliessung ist zweckmässig und schliesst die Umzonung sinnvoll ab. Die Verträge über die Beteiligung der Eigentümer und die Mehrwertabgabe erachten wir als gut. Diskussionsstoff bot einzig der geringe Ansatz von Fr. 12.00/m², das Land erhält mit der Umzonung eine erhöhte Verwertbarkeit. Der Gemeinderat hat glaubhaft dargelegt, dass dieser Mehrwert der Praxis entspricht und die Abschöpfung in der Regel 20% des Baulandpreises beträgt, welcher über Fr. 200.00/m² liegt. Das Thema Mehrwertabschöpfung wird uns in Zusammenhang mit der Revision der neuen Bau- und Nutzungsordnung weiter beschäftigen. Die FiGPK empfiehlt einstimmig die Gutheissung dieser Vorlage.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Frederik Briner (SVP): Die SVP-Fraktion erachtet die Vorlage als gut und zweckmässig. Wir stimmen zu.

Toni Burger (CVP): Die CVP stimmt ebenfalls zu. Die auf Interessen basierende Planung und die Kostenbeteiligung entspricht den rechtlichen Vorgaben und ist nachvollziehbar. Die Verträge konnten in der Aktenauflage eingesehen werden. Wir befürworten, dass die Strasse nicht bis zum Waldrand geführt wird. Weniger Freude macht uns die Mehrwertabschöpfung. Wir unterstützen die Empfehlung der FiGPK, eine Regelung zu finden, welche konsequent angewendet werden kann.



Peter Vismara (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit ebenfalls zu. Es ist positiv, dass mit dieser langfristigen und guten Lösung Gewerbebetriebe angesiedelt werden können. Stichwort: Arbeits- und Ausbildungsplätze; Angebot von Dienstleistungen und Produkten innerhalb der Gemeinde; Steuereinnahmen, usw. Die Gesamtkosten betragen Fr. 408'200.00, der Anteil der Gemeinde beträgt Fr. 181'577.00. Wir teilen die Meinung der FiGPK, dass die Erschliessung des Grünrains Perspektiven für einen späteren Verkauf von Gemeindeparzellen öffnet. Die Verteilung der Erschliessungskosten ist sicherzustellen.

David Roth (SP): Normalerweise baut der Baumeister unsere Strassen, jetzt bauen wir eine Strasse für ihn. Dagegen gibt es keine Einwände, verschiedene Punkte wurden bereits erwähnt. Wir bitten der Radwegführung die notwendige Beachtung zu schenken. Der schöne Radweg wird rege benutzt.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 33-Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 168'300.00 (Strasse 152'600.00+Feldweg 15'700.00) für die Erschliessungsstrasse „Grünrain“ zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde.
- 2 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 63'100.00 für die abwassertechnische Erschliessung „Grünrain“ zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.
- 3 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 158'100.00 für die wassertechnische Erschliessung „Grünrain“ zulasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung.
- 4 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 18'700.00 für die elektrotechnische Erschliessung „Grünrain“ zulasten der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung.

7 2014.27

Kreditabrechnung Erschliessung Fachhochschule; Anbindung an Bahnhofunterführung Ost; Planungskredit

(gemeinderätliche Botschaft vom 05. Mai 2014)

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Die direkte Anbindung der Campus-Bauten in die Bahnhofunterführung wurde nicht realisiert, deshalb die grosse Kreditunterschreitung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Erschliessung Fachhochschule; Anbindung an Bahnhofsunterführung Ost; Planungskredit“ wird genehmigt.

8 2014.37

Antrag Reglement Energiefonds

(gemeinderätliche Botschaft vom 12. Mai 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Heiko Loretan Kühnis (CVP): Endlich liegt das Reglement vor und wir werden sehen, ob es gute Lösungen ermöglicht. Dem Fonds sollen jährlich pauschal 0,5% des jährlichen Umsatzes, was Fr. 150'000.00 entspricht, zugewiesen werden. Ende 2013 hatte der Fonds ein Guthaben von Fr. 63'000.00, jährlich kommen nun 0,5% dazu. Die CVP-

Fraktion beantragt den letzten Satz des Kapitels 1.2 wie folgt anzupassen: „Der Energiefonds wird in der Gemeinderechnung geführt und auf maximal Fr. 100'000.00 plafoniert.“ Ich will verhindern, dass der Fonds in sieben Jahren über ein riesiges Guthaben verfügt.

Matthias Zehnder (SP): Die SP-Fraktion begrüsst, dass dieses Reglement endlich vorliegt. Die Ausführungsbestimmungen lassen zu, auch bei einem Schulprojekt das Thema Energie zu finanzieren. Gemäss Punkt B können Konzepte zu Lasten des Fonds teilfinanziert werden. Ich denke beispielsweise an das Mobilitätskonzept, welches im Rahmen der BNO-Revision erarbeitet werden muss. Die Limite von Fr. 10'000.00 schränkt uns ein. Gemäss meinem Verständnis hat der Gemeinderat die Kompetenz über die Fondsgelder zu verfügen. Im Hinblick auf die BNO-Revision ist fraglich, ob die beantragte Plafonierung von Fr. 100'000.00 sinnvoll ist. Die Ausarbeitung eines Mobilitätskonzeptes verursacht hohe Kosten, die Fondsgelder werden kaum für alle Bedürfnisse ausreichen. Der Fonds könnte die Gemeinderechnung entlasten.

Martin Schibli (EVP): Wir begrüssen das Reglement, problematisch erachten wir die Umsetzung. Alle Spezialfinanzierungen leisten Beiträge, somit müssen auch die Aspekte des Abwassers, Wassers und Abfalls thematisiert werden. Der Fonds wird jedoch durch die Energiekommission verwaltet. Wir wünschen, dass nebst den Leuten aus dem EW-Bereich, auch Vertreter der anderen Bereiche in dieser Kommission vertreten sind.

Philipp Umbricht (FDP): Wir haben intensiv und kontrovers diskutiert. Wir sind ebenfalls froh, dass dieses Reglement endlich vorliegt. Mühe bereiten uns die Finanzierung und die Beitragspauschale von 0.5% durch die Spezialfinanzierungen. Dieser Betrag muss zweckgebunden eingesetzt werden. Die CVP beantragt, den Betrag auf max. Fr. 100'000.00 zu fixieren, wir beantragen die Reduktion auf 0.2%. Zu grossen Diskussionen hat die Beitragspflicht der Spezialfinanzierungen geführt. Beim EW ist es nachvollziehbar, beim Wasser und Abwasser wird es schwieriger, vor allem wenn ich im Reglement das Wort Mobilität lese. Wo ist hier der Zusammenhang? Die Beiträge der Spezialfinanzierungen werden vom Bürger mit den verschiedenen Gebühren bezahlt. Die Fondsgelder sind zweckgebunden. Wir beantragen den Anhang zu streichen und die Ausführungsbestimmungen grösstenteils ins Reglement aufzunehmen. Damit ist gewährleistet, dass der Einwohnerrat über die Gelder verfügen kann. Die sehr offene Formulierung und die Kompetenzen des Gemeinderates, die Ausführungsbestimmun-

gen zu ändern, entziehen dem Einwohnerrat die Kontrolle. Die Ausführungsbestimmungen A1, A2 und A3 sind ins Reglement zu übernehmen, A4 ist ersatzlos zu streichen. Die Energieberatung ist nicht Aufgabe der Gemeinde, wenn überhaupt, soll diese durch das EW finanziert werden. A5 und A6 sind ebenfalls im Reglement zu integrieren, B7 ist ersatzlos zu streichen. Mit Fr. 10'000.00 können keine erfolgreichen Studien oder Konzepte ausgearbeitet werden. Erfolgt die Erarbeitung sinnvollerweise im Rahmen der BNO-Revision, muss sie über diesen Kredit finanziert werden. Es ist nicht die Idee, mit dem Fonds Geld zu sparen. Unsere Anträge lauten:

- 1 Ziffer 1.2 ist wie folgt zu ändern: Der Beitragssatz von 0,5 % sei auf 0,2 % zu senken.
- 2 Ziffer 2.2 lit. d ist ersatzlos zu streichen.
- 3 Ziffer 3.2 neuer Absatz: Aus dem Energiefonds können folgende Massnahmen finanziert werden und zwar 1, 2, 3 und 6, das die neue Nummerierung.

Philipp Ammon (SVP): Eine Mehrheit stimmt der Vorlage zu. Nur, es liegen unterschiedliche Änderungsanträge vor. Wir haben diese nicht diskutiert. Aufgabe der Spezialfinanzierungen ist, uns mit Energie und Wasser zu versorgen und Abwasser und Abfall zu entsorgen. Damit diese Aufgaben erfüllt werden können, bezahlen wir Gebühren. Bevor das Reglement verabschiedet ist, werden bereits Ansprüche für die Mobilität, die Schule usw. angemeldet. Wir schaffen einen neuen Selbstbedienungsladen. Die Bürger bezahlen die bezogenen Leistungen der Spezialfinanzierungen und nicht die Einlagen in den Fonds.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Das Reglement schafft einen Rahmen zur Regelung der energiepolitischen Anliegen. Alle Aspekte des Labels Energiestadt, wie Mobilität, Entsorgung und Versorgung, Entwicklung Raumplanung, kommunale Gebäude und Anlagen, Kommunikation und Kooperation, sollen abgedeckt werden. Der Fonds ist in diesem Zusammenhang anzusehen, das ist dem Gemeinderat wichtig. Die Kommunikation und informelle und strategische Massnahmen sollen mit dem Fonds gefördert werden. Der Einsatz erneuerbarer Energie und der bewusste und sparsame Umgang soll gesteigert werden. Im Bereich Abfall, Abwasser und Mobilität soll das Umweltbewusstsein gefördert werden. Es werden keine Massnahmen unterstützt, welche durch kantonale oder nationale Programme gefördert werden. Bauliche oder technische Massnahmen werden nicht direkt finanziell unterstützt. Der Verkauf von Geräten und Programmen wird beispielsweise nicht unterstützt. Die Begleitung der Massnahmen erfolgt durch die Energiekommission, welcher auch Parteivertreter angehören. Der Energiebeauftragte

der Gemeinde, Roland Schneider, ist ebenfalls Mitglied der Kommission. Damit wir Erfolge erzielen können, benötigen wir einen finanziellen Spielraum. Die beantragten 0.2% entsprechen Fr. 20'000.00, das ist sehr wenig Geld. Die 0.5% werden wir nicht jedes Jahr ausschöpfen, aber die Massnahmen werden sukzessive bearbeitet. Wird der Fonds einige Jahre nicht voll ausgenützt, kann eine Plafonierung sinnvoll sein. Über den Fonds sollen keine Rückstellungen gebildet werden. Wir bitten dem Reglement eine Chance zu geben, dieses in Kraft zu setzen. Nach zwei Jahren Erfahrungen können, wo notwendig, konkrete Korrekturen vorgenommen werden.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Die Debatte überrascht mich nicht, sie entspricht der aktuellen Situation. Bereits der Gemeinderat hat intensiv um einen Konsens gerungen. Die Energiekommission wurde mit der Erarbeitung eines Vorschlages beauftragt. Der Prozess dauerte etwa zwei Jahre. Seit ich Mitglied des Gemeinderates bin, beschäftigt uns dieses Reglement. Die Notwendigkeit ist unbestritten. Es ist nicht die Idee, Geld in diesem Fonds anzuhäufen. Der Gemeinderat wird immer wieder prüfen, wo und wie dieses Geld verwendet werden kann. Ich erinnere zum Beispiel an die bewilligten Mittel für die Expo. Die komplexen Anträge von Philipp Umbricht kommen einem Rückweisungsantrag gleich. Ich bitte den Einwohnerrat diese abzulehnen oder Philipp Umbricht aufzufordern, einen Rückweisungsantrag zu stellen und diesen abzulehnen. Es macht Sinn, mit dem Reglement erste Erfahrungen zu sammeln. Wird der Anhang ins Reglement integriert, ist keine Anwendung mehr möglich. Der Energiebeauftragte muss operativ tätig sein, dieser kann nicht einfach gestrichen werden. Es wird keinen Selbstbedienungsladen geben, in Zusammenarbeit mit der Energiekommission wird ein Massnahmenplan ausgearbeitet. Die Idee von Martin Schibli, dass Personen aus anderen Bereichen in der Kommission mitarbeiten, ist sinnvoll. Wenn ich an den Abfall und die Abfallgebühren denke, könnte zum Beispiel ein kleines Konzept zum Thema Littering über den Fonds finanziert werden.

Philipp Umbricht (FDP): Der Energiebeauftragte wird nicht gestrichen, ich beantrage die Streichung von 2.2., lit. d. Wird der ganze Punkt gestrichen, ist das Reglement sinnlos. Ich gehe einig mit Heinz Wipfli, dass wir Erfahrungen sammeln müssen. Der Vorschlag beinhaltet einen schweren Geburtsfehler, das Geld stammt vom falschen Ort. Die Gelder im Fonds sind zweckgebunden. Geld welches aus der Spezialfinanzierung Abwasser kommt, muss zwingend für das Abwasser eingesetzt werden. Eine umfassendere Beurteilung müsste aus Steuergeldern finanziert werden. Die Sache ist sehr heikel. Weil der Fonds bereits besteht, akzeptieren wir es, aber die Verwendung der

Mittel müssen wir einschränken. Das Reglement ist eine Gesetzgebung auf Stufe Gemeinde, eine Uraufgabe des Parlamentes. Ich halte an meinen Anträgen fest, verzichte jedoch auf die Abstimmung über die Streichung von 2.2., lit. d. Dies ist die logische Folge der Integration der Ausführungsbestimmungen ins Reglement.

Heiko Loretan Kühnis (CVP): Ich halte an der Plafonierung fest, unabhängig davon, ob der Beitragssatz 0.2% oder 0.5% beträgt.

Algimantas Gegeckas (CVP): Beide Anträge wollen verhindern, dass Begehrlichkeiten entstehen. Ich schlage vor, zuerst über den Beitragssatz abzustimmen. Je nach Ausgang kann anschliessend über die Anträge von Philipp Umbricht abgestimmt werden.

Fredy Bolt (SP): Die Anträge der FDP würgen dem Kind die Luft ab, bevor es richtig geboren ist. Ich kenne die Geschichte des Fonds nicht im Detail, weiss aber, dass es eine unendliche, harte Geburt war. Dieses Kind soll eine Chance erhalten, sich wenigstens in den nächsten zwei bis drei Jahren zu entwickeln. Dann ist der Zeitpunkt da, allfällig notwendige Korrekturen, Ergänzungen zu diskutieren. Ich bitte dem Gemeinderat die Chance zu geben, mit diesem Reglement zu arbeiten. Die Mobilität hat viel mit der Energie gemeinsam, sie ist der grösste Energiefresser, aber auch der grösste Posten für Sparmassnahmen. Die vier Bereiche sollen nicht getrennt, sondern zusammengeführt werden. Diese Chance zu verpassen wäre sehr schade.

Offene Abstimmungen

Antrag Heiko Loretan Kühnis (CVP), Ziffer 1.2

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Energiefonds wird in der Gemeinderechnung geführt und auf maximal Fr. 100'000.00 plafoniert.

Antrag Philipp Umbricht (FDP), Ziffer 1.2

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 12 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen ab.

Antrag Philipp Umbricht (FDP), Ziffer 3.2

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 15 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab.

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das Reglement des Energiefonds Version 1.1 vom 29. April 2014 und setzt es per sofort in Kraft.

9 2014.38

**Motion Reto Candinas (SP) und Mitunterzeichner „Portfolio-Planung Strassen-
sanierung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Werke;
Konzeptplanung für Verkehrsberuhigungsmassnahmen; Überweisung**

Paul Bitschnau (SP): Im Namen von Reto Candinas bitte ich, diese Motion an den Gemeinderat zu überweisen. Reto Candinas ist von der Notwendigkeit dieses Instrumentes überzeugt, um die Blockade bei der Werterhaltungsstrategie und die damit verbundenen Diskussionen zu lösen.

Heinz Wipfli, Gemeinderat (CVP): Die Motion beinhaltet gute Ansätze, die vom Gemeinderat bereits bearbeitet werden. Die Motion hat jedoch zwei völlig unterschiedliche Themen zum Inhalt. Damit der Gemeinderat zielgerichtet arbeiten kann, sind zwei Motionen notwendig. Eine Motion ist die Werterhaltungsstrategie/Strassensanierung, die andere sind die Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Diese beiden Bereiche müssen separat bearbeitet werden.

Paul Bitschnau (SP): Ich gehe davon aus, dass der Motionär diesem Vorgehen zustimmen kann. Die Motion ist von vielen Einwohnerräten unterschrieben worden und ich sehe kein Problem.



Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

- 1 Überweisung Motion Portfolio-Planung Strassensanierung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Werke
- 2 Überweisung Motion Konzeptplanung für Verkehrsberuhigungsmassnahmen

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Die Traktanden 10 bis 12 werden auf die Oktobersitzung verschoben.

10 Beantwortung von gestellten Fragen

11 Mitteilungen des Gemeinderates

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Zu Beginn einer neuen Amtsperiode legt der Gemeinderat die Legislaturziele fest. Ich verzichte auf das Vorlesen der Leitsätze. Sie können nachgelesen und überprüft werden. Die Leitsätze zur Gemeindeentwicklung haben wir vor vier Jahren das erste Mal veröffentlicht. Die Reaktionen waren positiv und wir haben auch für die neue Amtsperiode Leitsätze formuliert. Spannend ist der Vergleich zwischen dem alten und neuen Flyer: Die Bilder belegen die Entwicklung von Windisch eindrücklich. Die Leitsätze wurden aktualisiert, der Linie bleiben wir aber im Grundsatz treu. Der Gemeinderat wird mit einer Pressekonferenz über die Leitsätze informieren. Die Bürger erhalten somit den Flyer mit einer Stellungnahme des Gemeinderates.

Ich hatte sehr oft das Gefühl, dass aufgrund der vorgefassten Meinungen im Einwohnerrat keine Diskussionen mehr geführt werden. Der Verlauf der Sitzung gefällt mir gut, aber es hat auch schwierige Punkte. Die FDP verlangt genauere Informationen zu budgetierten Projekten, die SP hingegen wünscht ein Pauschalbudget. Ich erwähne

diesen Punkt, weil im Oktober das Budget diskutiert wird. Die langjährigen Einwohner-räte wissen, dass wir für die Schule ein Globalbudget einführen wollten. Dies hat leider nicht gut funktioniert. Auch die Einführung eines Globalbudgets für den Unterhalt Tiefbau / Hochbau war ein Thema. Im Bereich Tiefbau diskutieren wir seit drei Jahren über die Werterhaltung und der Einwohnerrat verlangt sehr viele Detailinformationen zu den Krediten. Wie soll der Gemeinderat mit dieser Situation umgehen? Einerseits ein Globalbudget, andererseits der Wunsch nach sehr detaillierten Informationen. Die Erarbeitung des Budgets oder die Kommunikation zur laufenden Rechnung unter diesen beiden Gesichtspunkten anzugehen ist nicht einfach. Die FiGPK wird zweimal jährlich über grössere Budgetabweichungen informiert, wobei die Definition „grössere“ noch zu diskutieren ist. Diese Informationen sollten genügen und nicht mehr zu grossen Diskussionen im Einwohnerrat führen. Die Exekutive ist ein stückweit das Entscheidungsgremium. Ich nehme eine aktuelle Situation: Bei einer Budgetposition muss der Gemeinderat entscheiden, ob er diese überschreitet oder Einsparungen vornimmt. Der Gemeinderat hat entschieden, eine andere Budgetposition zu streichen und dafür eine Aufgabe sorgfältig zu erledigen. Wem muss er diese Änderung kommunizieren? Für die Ausarbeitung einer Vorlage stand zu wenig Zeit zur Verfügung. Ich bin zwar froh, dass keine zweite Sitzung notwendig ist, aber auf nächsten Mittwoch hätten wir die Unterlagen erarbeiten können. Ich kommuniziere gerne offen, dies ist aber nicht immer überall möglich. Wir hoffen mit dem Voranschlag 2015 einen guten Mittelweg zu finden, ebenso soll die Rechnung 2014 belegen, dass der Gemeinderat kommunizieren will. Manchmal hat er andere Ziele und Prioritäten, sodass dies nicht immer im gewünschten Ausmass möglich ist.

Die Stellen der Verwaltung sind im Moment alle besetzt. Wir haben in den letzten Wochen einige Mitarbeitende verabschiedet und Neue willkommen geheissen. Neue Leute bringen neue Impulse, so auch in der Exekutive. Wir befinden uns im Prozess, die Organisation nach wie vor schlank zu halten, aber auch neuen Impulsen Platz zu geben, beispielsweise bei den Stellenetats Verschiebungen vorzunehmen. Wir werden diese mit dem Budget so gut als möglich aufzeigen. Wir haben Abteilungen, welche durch krankheitsbedingte Ausfälle unterbesetzt sind. Wir hatten diese Situation bereits einmal, somit ist auch 2014 kein einfaches Jahr. Ich hoffe auf Verständnis, wenn in gewissen Bereichen nicht alle Arbeiten zeit- und termingerecht auf den Tisch kommen. Ich habe angekündigt, dass ich heute über die Kreditüberschreitung der Sanierung Bezirksschulhaus informiere. Andere dringendere Projekte haben dazu geführt, dass die Abrechnung noch nicht ganz fertig erstellt ist. In einer Woche hätte ich wahrscheinlich

über die genauen Zahlen informieren können. Besten Dank für das Verständnis. Neue Leute, neue Themen und Windisch entwickelt sich. Seit Januar haben wir rund 100 Einwohner mehr, diese nehmen die Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch. Teilweise entstehen Engpässe. Konkret bei den Einwohnerdiensten und der Abteilung Planung + Bau, wo wir mögliche Lösungen diskutieren. Wächst das Volumen im bisherigen Umfang weiter, müssen wir Massnahmen prüfen. Diese können wir erst mit dem Budget aufzeigen. Danke für das Verständnis, wenn die neuen Mitarbeitenden im ersten Jahr der Amtsperiode noch etwas mehr Zeit benötigen. Der Gemeinderat ist stark gefordert und ich schätze die Aktivitäten des Kollegiums sehr. Der Gemeinderat hat sich gut eingelebt und einige Mitglieder haben ihr Arbeitspensum reduziert, um mehr Zeit für die Behördentätigkeit zu haben. Mir wäre es nicht möglich, überall einzuspringen.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Ich informiere über die vorgezogene Teilrevision Nutzungsplanung für das Arbeitsgebiet Brugg-West, besser bekannt unter dem Namen Hunzikerareal. Brugg-West ist im kantonalen Richtplan als wirtschaftlicher Entwicklungsschwerpunkt bereits verankert. Das Thesenpapier des Räumlichen Entwicklungsleitbildes RAUM BRUGG WINDISCH, das am 21. September 2013 im öffentlichen Workshop mit der Bevölkerung diskutiert worden ist, hält fest, dass im Zusammenhang mit der Erschliessungsqualität auch die Nutzung des Arbeitsgebiets Brugg West neu überprüft werden soll. Weil für den Bau der Südwestumfahrung sowieso eine Teilrevision der Nutzungsplanung nötig ist, ist aus Gründen der Rechtsbeständigkeit eine gleichzeitige Revision der Arbeitszone Brugg-West zwingend. Der Stadtrat Brugg und der Gemeinderat Windisch haben gemeinsam beschlossen für das Arbeitsgebiet Brugg-West, die neue Arbeitszone „Rütene“ zu schaffen. Die bestehende Arbeitszone soll im Areal Rütene in eine qualifizierte Arbeitszone umgezont werden. Gewerbliche und industrielle Nutzungen, sowie Dienstleistungen werden möglich sein, die eine hohe Wertschöpfung oder Innovation aufweisen. Nicht erlaubt sind Grosslagerbauten und –plätze oder Logistikbetriebe. Die neue Arbeitszone Rütene soll arbeitsplatzintensive Nutzungen ermöglichen mit dem Ziel, den Wirtschaftsstandort Brugg-Windisch zu stärken. Vom 02. Mai bis 02. Juni 2014 fand das Mitwirkungsverfahren statt. Verschiedene Eingaben sind eingereicht worden. Diese werden bearbeitet und in den Mitwirkungsbericht einfließen. Die öffentliche Auflage erfolgt zusammen mit dem Strassenbauprojekt nach den Herbstferien, wenn auch die Vorprüfung abgeschlossen ist.

Ich lade im Namen des Gemeinderates und Ursula Fehlmann, Präsidentin Jugendfestkommission, herzlich zur Teilnahme am Jugendfest ein. Unter dem Motto „Uf ond devoo“ erwartet uns vom Zapfenstreich über die Morgenfeier bis zum Lichterumzug ein vielfältiges Programm.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Ab Ende Juni wird in Windisch, an der Unterwerkstrasse, eine kleine kantonale Asylunterkunft betrieben. In dieser grossen Baracke lebten vor 40 bis 50 Jahren Saisoniers. Diese besteht immer noch und ist bewohnbar. Sie wird bereits seit längerer Zeit Unterkunft für 8 Asylbewerber genutzt. Für den Betrieb ist die Asylorganisation Zürich, im Auftrag der Stadt Brugg, verantwortlich. Wie es dazu gekommen ist, wissen wir nicht. Wichtig ist, dass der Betrieb seit Jahren problemlos ist. Der vorgesehene Standort am Rande von Windisch ist geeignet. Der Kanton hat das Gebäude ab 1. Juli gemietet, die Inbetriebnahme ist ca. Mitte Juli vorgesehen. Der Gemeinderat Windisch wurde von einem Vertreter des Kantonalen Sozialdienstes korrekt und direkt informiert. Geplant sind im Maximum 20 Plätze. Windisch konnte seine Wünsche bezüglich Bewohnern einbringen. Es wird auf eine gute Durchmischung von weiblichen und männlichen Einzelpersonen, sowie Familien mit kleineren Kindern geachtet. Der Kanton ist informiert, dass nur im Kindergarten und in der Unterstufe Platz für einzelne Kinder vorhanden ist. Die Unterkunft wird durch den Kanton betrieben und betreut. Eine Betreuungsperson des Kantons kontrolliert die Unterkunft täglich. Intern ist das Asylwesen dem Sozialdienst angegliedert. Wir werden monatlich über die Bewegungen informiert. Rückmeldungen sind beim Sozialdienst einzugeben, dieser ist für die Weiterleitung an den Kanton besorgt. Mit dieser Unterkunft erfüllt Windisch vorschriftsgemäss die Aufnahmepflicht. Wir sind deshalb ab Juli 2014 nicht mehr ersatzpflichtig. Allfällige Kosten für den Schulbesuch gehen zu unseren Lasten. Für den Gemeinderat ist der Ablauf korrekt, grössere Probleme werden keine erwartet. Wir stehen in direktem Kontakt mit dem Kanton, andererseits auch mit der Öffentlichkeit, wer uns immer kontaktieren will. Die Bevölkerung wird am Freitag mit einer Pressemitteilung informiert. Ich bin zuversichtlich, dass es keine Probleme geben wird. Wir haben Vertrauen zum Kanton und sind gespannt, wie der Betrieb läuft.

Philipp Ammon (SVP): Wir haben bis jetzt bezahlt, weil wir keine Asylunterkunft hatten?

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Ja, so ist es.



11 Neueingänge

Motion Martin Schibli / Ursula Fehlmann (EVP) betreffend „Reduzierung der Strassenbeleuchtung“

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Treffpunkt: Restaurant Waage

EINWOHNERRAT WINDISCH
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: